

Ergänzung 1 zum LPR-Beschluss

Roland Appel u.a.:

Nach der Wahl ist vor der Wahl – Grüne greifen wieder an!

Ökologisch – feministisch - sozial - basisdemokratisch - gewaltfrei

Bündnis 90/Die Grünen in NRW haben bei der Landtagswahl mit 6,4 % nach fünf Jahren Rot-Grüner Koalition mit drei Regierungsmitgliedern ein denkbar schlechtes Ergebnis erzielt. Wichtige Ursachen für dieses Ergebnis sind landespolitisch begründet, wichtige Faktoren waren beeinflussbar und resultieren aus politischen Fehlern, andere nicht.

- In der Schulpolitik ist es uns nicht gelungen, die Erfolge der Schulministerin, wie den Abschluss des NRW Schulkonsens, das Auffangen der Folgen des G8 / G9 Chaos, das CDU und FDP verursacht haben und die letztlich erfolgreiche Durchsetzung des Elternwillens bei der Entscheidung über die Abiturvariante angemessen darzustellen. Mit der Inklusion im Mittelpunkt der politischen Debatte wurden falsche Schwerpunkte gesetzt. Trotz Rekordinvestitionen und Neueinstellungen konnten wir mit der Schulpolitik kein erfolgreiches Grünes Profil gewinnen.

- In der Umweltpolitik war unser Minister im Wahlkampf mit Regierungsprojekten nicht präsent. Weder auf Themenplakaten, noch medial wurden die Grünen Regierungserfolge und Themen der Zukunft wie ein schnellerer Kohleausstieg und die Verkleinerung von Garzweiler II thematisiert, ebenso wenig wie das wichtige Thema Antibiotika-Einsatz in der Tiermast. Stattdessen wendete sich die Wahlkampagne an die Bürger, um sie z.B. mit dem „Food-Truck“ für Veggie-Burger zu begeistern – eine Basiskampagne. - Mit Landesumweltpolitik wurde das kaum identifiziert. So konnten die politischen Gegner lustvoll und widerspruchslos am Zerrbild arbeiten, die Umweltpolitik des Grünen Ministers Remmel bestimme vor allem bürokratisches Klein-Klein.

- Die Erfolge von Barbara Steffens als Gesundheits- und Gender-Ministerin beim konsequenten Nichtraucherschutz, bei der Gleichstellungsgesetzgebung und bei der Krankenhausfinanzierung und -konsolidierung kamen im Wahlkampf nicht vor. Der Zusammenhang von Gesundheit und Armut, von sozialer Gerechtigkeit und Lebenserwartung ebenso wie eine notwendige Fortführung der modernen Drogen- und Suchtpolitik als ehemals klar von Grünen besetzte Themen kamen in der Wahlkampf-dramaturgie der Partei nicht vor. Damit fiel ein wichtiger Baustein Grüner Sozialpolitik aus.

- Die alleinige personelle Zuspitzung im Wahlkampf auf Sylvia Löhrmann nicht als stellvertretende Ministerpräsidentin, sondern als Schulministerin stellte sie nicht nur persönlich unter einen kaum erfüllbaren Anforderungsdruck, dem sie klug, tapfer und mit großem, dankenswerten Engagement nachgekommen ist. Sie war strategisch im Hinblick auf eine schwer zu vermittelnde Schulpolitik, die nicht per se zu den Kernthemen Grüner Politik gerechnet wird, ein kapitaler strategischer Fehler.
- Insbesondere in der öffentlichen Sicherheitsdebatte wurden unsere differenzierten rechtsstaatlichen Argumente nicht gehört, sondern es gelang vor allem der CDU, in einer geschickten Kampagne, die Kölner Silvesternacht und des Anschlag von Berlin zu instrumentalisieren, um von ihren eigenen Sicherheitspannen von NSA- Affäre über NSU-Morde bis zum Fall Amri abzulenken. In Ralf Jäger, dessen Rücktritt ein Befreiungsschlag für die SPD und die gesamte Koalition hätte sein können und müssen, hatte sie einen ihrer besten Verbündeten. Dass die Grüne Fraktion sich nicht klar gegen ihn gewendet hat, hat letztlich allen geschadet.
- Der Regierungsstil von Ministern und vor allem der Fraktion seit 2012 war zudem von einer öffentlichen Harmonie und Konsens geprägt, der den Bürgerinnen und Bürgern nicht verständlich machte, wie schwierig eine Koalition mit einer NRW-SPD war und ist, die weder in der Energiewende, noch bei der Verkehrswende den Schuss gehört hat und nach wie vor Ökologie nicht als Motor, sondern als Bremse des ökonomischen Strukturwandels versteht. Aber auch in Fragen wie den demonstrativen Abschiebungen nach Afghanistan und in problematische Länder der EU wie Griechenland und Polen, bei denen der SPD-Innenminister Initiator bundesweiter, umstrittener Aktionen war, haben wir im Parlament und in der Öffentlichkeitsarbeit versäumt, die SPD zu stellen. So konnte der Eindruck entstehen, Grüne könnten nicht mehr kämpferisch für ihre Inhalte streiten. Die auch in Koalitionen jederzeit mögliche und notwendige Arbeitsteilung zwischen Kabinett und Fraktionen wurde weder reflektiert, noch genutzt.
- An den Wahlkampfmaterialien hat es in vielen Kreisverbänden und bei Grünen Sympathisanten massive Kritik gegeben, weil sie keine konkreten landespolitischen Inhalte thematisierten, sondern Emotionen ansprechen sollten. Seit dem Jahreswechsel 2015/16 war absehbar und durch aufeinander folgenden Wellen von Antiterrorgesetzen der GroKo verstärkt sichtbar, dass die Sicherheitsängste der Bevölkerung gezielt geschürt wurden. Bei solchen Rahmenbedingungen ist keine Wohlfühl-Politik des „Zusammen-Wachsen“ vermittelbar. Wenn harte Argumente im Wahlkampf scharf aufeinander prallen, reicht es nicht, Schokoladenherzen zu verteilen oder an der Haustür an die Landtagswahl zu erinnern.
- Viele Parteimitglieder und Aktive, die monatelang, besonders in den letzten zwei Wochen vor der Wahl vor Ort um Stimmen geworben und unermüdlich gekämpft haben, fühlten sich manchmal argumentativ im Stich gelassen. Sie haben trotzdem mit ihrem persönlichen Einsatz dafür gesorgt, dass wir mit 6,4% wieder sicher in den Landtag eingezogen sind. Ihnen gebührt dafür besonderer Dank!
- Dank und Wertschätzung gelten bei aller notwendigen Kritik unseren Regierungsmitgliedern und Landtagsabgeordneten für ihren Einsatz und ihre geleistete Arbeit. Dass unsere Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann angekündigt hat, zu einem Zeitpunkt, den allein sie entscheidet, ihr Mandat niederzulegen, ist ihre persönliche Entscheidung, die wir bedauern, aber respektieren. Unser Grundgesetz sieht in Artikel 38 vor, dass demokratisch gewählte Abgeordnete frei von Weisungen und allein ihrem Gewissen verantwortlich sind. Auf gewählte

Abgeordnete Druck auszuüben, ihr Mandat nicht anzunehmen oder zurückzugeben, darf es bei Bündnis 90/Die Grünen nicht geben.

Wir halten fest:

- Wir danken den Wählerinnen und Wählern, die uns trotz dieser offensichtlichen Probleme ihr Vertrauen und ihre Stimme geschenkt haben. Die gewählten Grünen Abgeordneten im Landtag werden sich neu aufstellen und in der Opposition für ökologischen Umbau, soziale Gerechtigkeit, Bürgerrechte und Minderheitenschutz, Frauenpolitik und gegen die unselige ewiggestrige Nazi-Ideologie der AfD streiten. Wir erwarten, dass die neu gewählte Fraktion sich rasch konstituiert und geschlossen daran arbeitet, Grünes Profil wieder zu schärfen. Klare Inhalte müssen wieder nach vorn.
- Wir erwarten vom Landesvorstand, dass auch er für die Wahlniederlage seinen Anteil an der politischen Verantwortung übernimmt. Zur Aufarbeitung gehört, dass über klare und erkennbare politische Inhalte entschieden wird. Internetgestützte Gruppenbefragungen, auf die sich auch die Bundespartei stützt, führen zum Abschleifen von Minderheitenthemen, Ecken und Kanten der Partei und haben auch zur Wahlniederlage beigetragen. Wir wollen, dass der Landesvorstand zur LDK am 1. Juli Vorschläge für ergänzende, zugespitzte Themen zum Bundestagswahlkampf durch die Landespartei vorschlägt. Verantwortung zu übernehmen, heisst Einsicht in solidarische Kritik, nicht Rücktritt.
- Die Parteigremien waren in den vergangenen Jahren stark auf den Regierungsalltag ausgerichtet. Wir erwarten nach der Bundestagswahl die Diskussion über eine Strukturreform der Partei, die mehr Raum für aktive Mitarbeit und Beteiligung an Entscheidungen ermöglicht, die politisch-inhaltliche Kampagnefähigkeit stärkt und auf engere Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Initiativen setzt.

Für Bündnis 90/Die Grünen in NRW gilt jetzt:

Nach der Wahl ist vor der Wahl! - Grüne greifen wieder an!“

Antragssteller*innen:

Roland Appel KV, Bonn

Annette Hauschildt, KV Bonn

Perter Gerigk, KV Enneppe-Ruhr

Dirk Reder, OV Bornheim

Irmingard Schewe-Gerigk, KV Enneppe-Ruhr